

Der Deutsche Krieg

Achtundfünfzigstes Heft

Theodor Heuß:
Kriegssozialismus

Politische Flugschriften
Herausgegeben von Ernst Jäckh

Deutsche Verlags-Anstalt

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften. Herausgegeben von Ernst Jäckh

Preis jedes Heftes 50 Pfennig

Bisher sind erschienen:

1. Paul Rohrbach, Warum es der Deutsche Krieg ist!
2. Friedrich Naumann, Deutschland und Frankreich
3. Prof. Dr. C. S. Becker, Deutschland und der Islam
4. Gottfried Traub, Der Krieg und die Seele
5. M. Erzberger, M. d. R., Die Mobilmachung
6. Prof. Dr. H. Onken, Deutschlands Weltkrieg u. die Deutschamerikaner
7. Algel Schmidt, Die russische Sphinx
8. Geheimrat Prof. Dr. Rudolf Eucken, Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes
9. Prof. Dr. Gustav Roloff, Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren
10. Oberfinanzrat Prof. Dr. Hermann Lofsch, Englands Schwäche und Deutschlands Stärke
11. Dr. Paul Nathan, Die Enttäuschungen unserer Gegner
12. Geheimrat Prof. Dr. O. Binswanger, Die seelischen Wirkungen des Krieges
13. Dr. Carl Anton Schäfer, Deutsch-türkische Freundschaft
14. Dr. Frig. Wertheimer, Deutschland und Ostasien
15. Dr. Gertrud Bäumer, Der Krieg und die Frau
16. Graf Ernst zu Reventlow, England, der Feind
17. Prof. Friedrich Lienhard, Das deutsche Elsaß
18. Prof. Dr. Arnold Oskar Meyer, Worin liegt Englands Schuld?
19. Geheimrat Prof. Dr. Erich Marcks, Wo stehen wir?
20. Prof. Dr. Gustav E. Pazauret, Patriotismus, Kunst u. Kunsthandwerk
21. Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Nordwestafrika und Deutschland
22. Richard Charmah, Österreich-Ungarns Erwachen
23. Dr. Alfons Paquet, Nach Osten!
24. Dr. Ernst Jäckh, Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft
25. Anton Fendrich, Der Krieg und die Sozialdemokratie
26. Dr. Hugo Böttger, M. d. R., Das Geld im Kriege
27. Leonore Niessen-Deiters, Krieg, Auslandsdeutschum und Presse
28. Prof. Dr. Arthur Binz, Die chemische Industrie und der Krieg
29. Prof. D. Martin Rade, Dieser Krieg und das Christentum
- 30./31. Dr. Norbert Stern, Die Weltpolitik der Weltmode
32. Geheimrat Prof. G. v. Schulze-Gaevernich, M. d. R., Freie Meere!
33. Dr. Eugen Lewicki, Die Ukraine, der Lebensnerv Rußlands
34. Prof. Dr. R. F. Raimdl, Deutsche Siedlung im Osten

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften

Herausgegeben von

Ernst Jäckh

Achtundfünfzigstes Heft



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915

Kriegssozialismus

Von

Theodor Heuß



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915

Alle Rechte vorbehalten

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Eines Tages war der neue Begriff geschaffen, der zwei im bisherigen Denken so verschiedene, ja gegensätzliche Dinge zu einer neuen Worteinheit verband: Kriegs-Sozialismus. Vorerhand geht es der überraschenden Bildung noch so, daß sie eine gewisse Weite besitzt und von wechselvollen Mißverständnissen umgeben wird. Später mag sich einmal, im geschichtlichen Rückblick und in der Gewöhnung der Sprache, ein abgegrenzter Kreis von Vorstellungen inniger und dauernd mit ihr verbinden.

Die Schwierigkeit der Verständigung liegt nun nicht darin, daß der „offizielle“ Sozialismus es je und je weit von sich ablehnte, mit dem Krieg auch nur in eine Buchstabenverbindung zu kommen, sondern es fehlt uns überhaupt eine einheitliche Meinung, was Sozialismus sei. Für die einen die Erfüllung alles wahrhaft Guten und Großen, für die anderen der weltliche Namen jeder Hüllengefahr, den dritten ein Gebiet ruhiger sachlicher Überlegung und Arbeit. Das macht nicht zum wenigsten, daß von dem Begriff sich zwei Eigenschaftsworte ableiten, die nebeneinander bestehen, sich berühren, aber nicht notwendig durchdringen: sozial und sozialistisch. Jedermann weiß: Sozialpolitik ist nicht sozialistische Politik. Die Sozialpolitik im geläufigen Wortsinne umfaßt die Bestrebungen des Staates sowie anderer öffentlicher oder privater Verbände und Anstalten, die Lebenslage der breiten minderbemittelten Volksschichten, vorab Lohnarbeiter, Angestellte, untere Beamte, zu verbessern. Sozialistisch heißt der Wille, die Regelung der Produktion und den Besitz der Werkzeuge in die Hand der organisierten Gemeinschaft zu überführen; mit dem Willen ist zumeist der Glaube verschwifert, daß dies möglich sei oder daß dies notwendig so kommen müsse.

Mit dieser etwas pedantischen Auseinandersetzung soll die Möglichkeit vorbereitet sein, beide Gedankengruppen in ihrem Zusammenhang mit dem Krieg zu betrachten; die getrennten Tat-

sachen und Probleme treffen sich unter der höheren Einheit der vaterländischen Zweckmäßigkeit. Das eine Mal handelt es sich darum, Vorhandenes, unsere heutige Sozialpolitik, zu bewerten und zu betrachten, wie sie durch den Krieg beeinflusst wird, das andere Mal, den Charakter der verschiedensten durch den Krieg geschaffenen „sozialistischen“ Neubildungen zu erkennen und diese auf ihre dauernden Eigenschaften zu prüfen.

* * *

Der geschichtliche Zusammenhang der Sozialpolitik mit militärischen Erwägungen ist in Deutschland inniger und unmittelbarer, als die meisten nur ahnen. Unsere Sozialpolitik beginnt mit einer Anekdote, die gerade heute im hellsten Lichte steht. Im Jahre 1828 sandte der Generalleutnant v. Horn an den König Friedrich Wilhelm III. nach Berlin einen Bericht, daß aus der rheinischen Bevölkerung nicht mehr die angeforderten Truppenkontingente zusammengestellt werden könnten. Der wilde Raubbau des jungen Industrialismus zermürbte den Nachwuchs und ruinierte seine Militärtauglichkeit. Soldatische Erwägungen, die nach der Überlieferung des preußischen Staates das entscheidende Gewicht besaßen, leiteten dann jene Verordnungen ein, die in den dreißiger Jahren das Verbot der Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben und den Schutz der Jugendlichen, wenn auch noch mit bescheidenen Absteckungen, herbeiführten.

Diese ursächliche Beziehung ging dem Bewußtsein unter dem stärkeren Hervortreten einer mehr wirtschaftlichen oder ethischen Urteilsweise verloren; sie hatte ihren gewissen Nachhall allerdings in den wissenschaftlichen Kämpfen, welche Berufe im Verhältnis die besten Militärtauglichkeitsziffern lieferten. Den Wert dieser Aussprachen mag niemand bestreiten; er litt nur darunter, daß sie weder rein militärisch, noch eigentlich sozialpolitisch eingestellt waren, sondern im wesentlichen ein Abschnitt des Streites über die Vorteile und Nachteile der industriellen Entwicklung darstellten. Die Kriegsteilnehmerstatistik wird auch diesen Untersuchungen einmal neuen Stoff liefern; ihre Grundfrage ist heute ein wenig überholt. Die Notwendigkeit, Massenheere zu bilden, hat zur Voraussetzung, daß man Massen im Lande hatte, festhalten, beschäftigen, ernähren konnte. Die Armee Korps der Ausgewanderten nützen uns im Augenblick sehr wenig. Die Gewerbe-

entwicklung hat den Hunderttausenden ihre Heimat erhalten, und wenn sie, besonders bei unzulänglicher Ordnung, vielen die Militärtauglichkeit zerbrach, so finden doch alle diese ihre wichtigen Posten im „inneren Dienst“ der Kriegs- und Volkswirtschaft.

Die Fragestellung, aufgebaut auf den Ergebnissen der Friedensmusterungen, ist aber auch einigermaßen ausgeschaltet durch den Verlauf des Aushebungsgeschäftes während des Krieges. Es liegt in der Natur der Dinge, daß anders zugegriffen wird, wenn man möglichst viele braucht, als wenn die Auswahl nur eine vorgeschriebene Ziffer erreichen soll. Aber die Tatsache, daß man so lange zugreifen kann, ist eben eine Wirkung unserer Sozialpolitik.

Das war besonders eindrucksvoll in den Tagen der Mobilmachung. Der Abgang an Kranken, an Untauglichgewordenen war weit geringer, als angenommen worden war, so daß die vorgesehenen Raders nicht nur gefüllt, sondern in wenigen Wochen neue große Verbände aufgestellt werden konnten. Alles das, was in Versicherungs- und Schutzgesetzen oft gegen Widerstände mannigfacher Art nur mühsam abgerungen werden konnte zur Besserung der proletarischen Lebenshaltung, vor allem auch zur Besserung des Gesundheitsstandes der breiten Bevölkerung, erscheint jetzt für die nationale Verteidigung von höchstem Gewicht; wir sehen ja auch, wie gering etwa, trotz großer Strapazen, der Abgang an Kranken. Die Aufwendungen, die durch die staatliche Sozialpolitik in recht friedlichem Gewande gemacht wurden, erscheinen hier fast unmittelbar als ein Stück militärischer Vorbereitung, und alle weitgehenden Forderungen, denen man nicht immer ihren nationalen Sinn zugestehen wollte, erhalten ihre vollkommenste Rechtfertigung.

Und wie ärmlich verhält heute jene letzte Lehre der Gegner unserer Sozialpolitik: sie mache unsere gewerbliche Konkurrenz durch Überbelastung unmöglich. Das klingt wie eine Erinnerung aus verlorener Zeit; jedes offene Ohr lauscht der Erkenntnis, daß Sicherung und Gewinn des Weltmarktes sich nicht in bloßen Geschäftskalkulationen ausdrückt, sondern in den körperlichen, geistigen und sittlichen Werten, die in den Menschen selber angelegt sind. Heute führen wir den Kampf um den Weltmarkt (der nicht mehr vorhanden ist), nicht mit der Möglichkeit der Preisunterbietung im Warenverkehr, sondern mit der gesteigerten Qualität unseres

Volk. Die Arbeiter kämpfen, wenn man das drastisch ausdrücken will, mit Gewehr und Handgranate für die Prostrata des Unternehmers, und dieser kann nur wünschen, daß sie recht ausdauernde Soldaten seien.

So handgreiflich und wunderbar befriedigend uns in diesen Dingen jetzt die Wirkung der staatlichen Schutz- und Versicherungsgesetze erscheinen muß, so wichtig ist auch die andere regelnde Kraft des sozialen Lebens geworden: der Verband, die Gewerkschaft. Kein noch so heftiger Bekämpfer der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten wird heute den Mut finden, deren Dasein wegzuwünschen. Zu welchem Chaos müßten sich da die Massen der Industriearbeiterschaft verwandeln! Wir denken gar nicht zuerst an die in den Gewerkschaftskassen gesammelten und sich sammelnden Gelder, obwohl diese vielen Millionen heute mehr als je ein national höchst erwünschter Bestand sind. Es wäre falsch, mit dem Hinweis auf diese Kassen die tiefste Pflicht der Allgemeinheit, große Summen zur Verfügung zu stellen, auch nur mit einem Hauch zu trüben; aber es ist ein Verfahren, eine Gewöhnung, ein Rückhalt vorhanden, die unentbehrlich sind. Die Wirtschaftsvereinigungen erwiesen sich bald genug als Grundmauern der Volksorganisation überhaupt; die Disziplin, die sie anerkennen haben, die Kontrolle, die sie ausüben, der Opfergeist, den sie pflegen, haben uns vor dem Kräfteverbrauch der sozialwirtschaftlichen Anarchie bewahrt, die bei der ersten allgemeinen Störung der Geschäfte drohte.

Wie hat nun die plötzliche Tatsache des Krieges auf diese Seite unseres sozialen Lebens eingewirkt? Die Regierung war glücklich beraten, daß sie alle Gesuche um vorübergehenden Abbau der staatlichen Schutzpolitik, die sich einstellten, glatt ablehnte; das war wichtig und richtig, nicht nur wegen der unvermeidlichen moralischen Rückwirkung auf die Arbeiterschaft, sondern auch sachlich: ein siegreicher Krieg darf nicht noch mit menschlichem Raubbau im Innern bezahlt werden. Daß für die eigentlichen Kriegsbetriebe die Möglichkeit geboten war, Bestimmungen der Gewerbeordnung außer Kraft zu setzen, fand keinen Widerspruch. Die Militärverwaltung selber hat sich in hohem Maße sozialpolitisch verständig gezeigt, verlangte von ihren Lieferanten Achtung vor den Lohntarifen und bekämpfte gelegentlich recht energisch jede Lohndrückerei.

Vor allem aber zeigte sich sofort die Bedeutung der Gewerkschaften. Jeder von uns hatte sich über die wirtschaftlichen Rückwirkungen eines Kriegsausbruches ungenaue, mehr oder weniger phantastische Vorstellungen gemacht. Es gab sozialistische Theoretiker, die glaubten, den Krieg selber mit der Wirtschaftswaffe totzuschlagen zu können: sie empfahlen, eine Kriegserklärung der „Herrschenden“ mit dem Generalstreik des Lohnarbeiterproletariats zu beantworten. Die klassische Widerlegung dieses Unsinniges hat Weber noch selber auf dem sozialdemokratischen Parteitag des Jahres 1911 besorgt, mit dem Hinweis, daß die erste Folge des Kriegszustandes starke Arbeitslosigkeit sein werde. In der Tat, wenn die Gewerkschaften, was nur ein irrer Kopf glauben konnte, auf den Gedanken gekommen wären, am 1. August den Generalstreik zu proklamieren, so wären sie nur den Entschliefungen zahlreicher Unternehmer zuvorgekommen, Arbeitsruhe eintreten zu lassen. Nur wenige von diesen wären unmittelbar getroffen worden — ein Schulbeispiel des „Schlags ins Wasser“.

Das war ganz klar: die Aufgabe hieß Arbeitsbeschaffung, nicht Arbeitskampf. Streiks und Aussperrungen wurden aufgehoben — wir standen eben vor einem großen Ringen in der laufender Tuchindustrie. Klare Vernunft und der zwingende Eindruck der Gemeinsamkeit der Nation schufen im Arbeitsverhältnis die arg umstrittene „Harmonie der Interessen“. Wo es Leute gab — und solche gibt es immer —, die Verwirrung und Notlage ausnützen wollten, erfolgte Gegendruck. Vielleicht ist nicht unwichtig, das Beispiel aufzubewahren, das damals im August der Arbeitgeberverband im Baugewerbe in einem Rundschreiben niederlegte: „Alle Verträge mit den Arbeiterorganisationen behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit. Die Arbeiterzentralorganisationen haben die bestehenden Streiks und Sperren aufgehoben und damit zu erkennen gegeben, daß sie während der Kämpfe im Innern den wirtschaftlichen Frieden erhalten wollen. Es wird in den ersten Zeiten auf beiden Seiten nicht der gute Wille fehlen, alle Reibungen zwischen den zur Fertigstellung der Arbeiten noch verfügbaren Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermeiden. Die Mehrzahl der Bauarbeiter steht heute neben unseren Mitgliedern vor dem Feind. Wir wünschen allen glückliche Heimkehr.“ Das war der rechte Ton, und unseres Wissens ist es in dieser Beziehung auch nie

zu Schwierigkeiten gekommen. Solche ergaben sich ein paarmal durch Verordnungen militärischer Behörden; sie konnten aber durch Anordnungen höherer Stellen zumeist rasch wieder gutgemacht werden.

Die erste große Leistung der Gewerkschaften war ihre Beihilfe bei der Vergung der neuen Ernte. In der Landwirtschaft war eben stärkste Benötigung von Arbeitskräften, da zahllose Bauern und Landarbeiter unter die Waffen treten mußten. Die vollkommene Vergung der Ernte war eine nationale Notwendigkeit. Die gewerbliche Arbeitslosigkeit setzte sehr heftig ein. Das Ziel war, hier einen Ausgleich zu schaffen — er gelang. Daß rasch und ziemlich umfangreich entlohnte Landarbeit vermittelt werden konnte, war wichtiger als der fröhliche Enthusiasmus der freiwilligen Bauernknechte aus der städtischen Jugend.

Dieser Schritt führte zu dem weiteren: im Einvernehmen mit der Regierung einen zentralen Arbeitsnachweis anzustreben, der nicht nur innerhalb der einzelnen Berufe oder Landesteile, sondern über alle solche Grenzen hinweg die Arbeitsbeschaffung erleichtern sollte. Das war ganz notwendig, denn die Arbeitslosigkeit wanderte nicht innerhalb eines einzelnen Berufes, sondern sie verteilte sich zwischen den Berufen; besonders betroffen wurden Baugewerbe, Luxusindustrie, Schifffahrt, Konfektion. Ob sich aus diesen Bemühungen ein dauernder Gewinn für die Friedenszeit herauskristallisieren wird, bleibt abzuwarten; es ist bemerkenswert, mit welchem Mißtrauen ein Führer der schweren Industrie, Rirdorf, das Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Gewerkschaften beurteilt hat. Kohle und Eisen sind allerdings auch, teils durch notwendige Rücksicht, teils durch starke Kriegsaufträge von den Arbeiternöten der übrigen Gewerbe ziemlich verschont geblieben.

Freilich hat sich die Lage des Arbeitsmarktes im Laufe des Winters nun so gründlich geändert, daß die Aufgabe des Arbeitsnachweises mehr und mehr schmolz. Der notwendig gewordene große Umfang der militärischen Einberufungen holte Arbeitslose in die Kaserne oder machte Arbeitsstellen leer, die nun wieder besetzt werden konnten. Die erste Statistik zeigte über 22% der vorhandenen Arbeitskräfte im ersten Kriegsmonat ohne Stellung, im Frühjahr waren es kaum mehr 3%. Dieses außerordentliche Ergebnis ist natürlich nicht nur die Wirkung der militärischen Maßnahmen; nach den großen deutschen Siegen begann sich das

Geschäftsleben zu erholen, und bald genug zeigte sich auch, daß der Wertevernichter Krieg selber als Massenkonsument von Verbrauchsgütern mittelbar und unmittelbar der nationalen Produktion die kräftigsten Anregungen gab. Davon später.

Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat nun teilweise neue Arbeitsverhältnisse geschaffen, die den Gewerkschaften und Arbeitsnachweisen nach dem Kriege wesentliche Aufgaben bringen werden: die Unterbringung der Heimkehrenden und die Regulierung der Lohnverhältnisse. Bestimmte Industrien mit sehr scharfer Konjunktur werden unter Umständen gerade eine gewisse Erschlaffung sehen, wenn ihre früheren Arbeiter zurückkehren. Es gilt doch sozusagen als Ehrensache, daß die Strapazen der Ausgerückten hinterher nicht mit Arbeitslosigkeit gelohnt werde, sondern daß diesen nach Möglichkeit die alte Arbeitsstelle wieder geöffnet werde. Was aber geschieht mit denen, die in der Zwischenzeit an ihrem Platz gestanden haben, teilweise unter wesentlich verbesserten Lohnbedingungen? Das Problem der Regulierung des Arbeitsmarktes, das die ersten drei Kriegsmonate beherrschte, wird nach dem Friedensschluß noch einmal kommen, und zwar wesentlich verwickelter, wenn eine Rücksichtung nötig wird. Dabei muß man nur einen Augenblick daran denken, in wie viele Fabriken die Frauenarbeit eingedrungen ist, in Gewerbe, die sie vorher kaum kannten — werden die (billiger arbeitenden) Frauen in dem Augenblick der Konjunkturentspannung (und das wird vielfach zunächst der Frieden einleiten) den teuren Männerkräften Platz machen?

Vielleicht die schwierigste Aufgabe erwächst den Gewerkschaften aber dort, wo es sich darum handelt, einen Teil der Arbeitslöhne wieder auf den „Friedensfuß“ zu stellen. Für die Masse des Lohnarbeiterproletariats, vor allem für die Familien der Ausgerückten, ist die Lebenslage trotz aller Unterstützungen durch die Forderung sehr viel schwieriger geworden, und für sie bedeutet vor allem die Rückkehr der normalen Verhältnisse eine wahre Erlösung — aber in manchen Gewerben, und desto stärker, je mehr es sich bei ihnen um einen kleiner werdenden Kreis von gelernten Arbeitern handelt, sind die Löhne ganz unverhältnismäßig stark gestiegen. Jedem einzelnen ist dies durchaus zu gönnen; auch ein ganz natürlicher Vorgang, der Staat verlangt rasche und präzise Arbeit, er ist fester Abnehmer, der Bedarf ist riesenstark — die Kalkulation

des Unternehmers erträgt bei diesen Voraussetzungen gut und gerne den hohen Lohn. Bloß soll man nicht glauben, daß, wenn nachher wieder der freie Kapitalismus mit Konkurrenz und offenem Markt einsetzt, die gegenwärtigen Lohnsätze einzelner Industrien werden aufrecht erhalten werden können. Gewiß ist das nicht ganz dankbar, darauf aufmerksam zu machen; aber es erscheint geboten, daß die verantwortlichen Kreise dieser Frage rechtzeitig und ohne Scheu ins Auge sehen. Denn sonst werden voraussichtlich ernsthafte Schwierigkeiten und Reibungen kaum zu vermeiden sein.

Die sinnfälligste Kriegswirkung im Bereich der Sozialpolitik ist aber zweifellos die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsinvaliden. Diese Frage wird ja in der Öffentlichkeit mit großem Nachdruck erörtert, in der ziemlich einhelligen Grundauffassung, daß der Kriegsbeschädigte nicht zum „Rentenempfänger“, sondern um seiner selbst willen möglichst rasch und möglichst vollkommen in den eigentlichen Wirtschaftsverlauf hineingestellt werde. Diesem Ziele dienen ja alle die höchst verdienstlichen Bestrebungen, der Heilbehandlung dann eine Berufsvorbereitung anzuschließen, wenn die Art der Verletzung einen Berufswechsel notwendig macht. Wir dürfen uns aber nicht der Wahrscheinlichkeit verschließen, daß am Ende des so überaus strapaziösen und nervenzerreißenden Feldzugs außer den offenbaren Invaliden eine nicht geringe Anzahl von Männern vorhanden sein werden, die „etwas weg haben“, geschwächte, halbe Arbeitskräfte sind.

Es ist kein Zweifel, daß die staatliche Sozialpolitik und Teile der Industrie sich auf diese Kreise einstellen müssen. Damit wird die deutsche Arbeiterschuttpolitik dorthin zurückgebogen, wo sie ihren Ausgangspunkt nimmt: zu der unmittelbaren Fürsorge- und Teilnahmegesinnung. In den beiden letzten Jahrzehnten war sie weit mehr ein Gegenstand des Verstandes, der Ordnung, der Regelung, der Verwaltung, des Rechtes als eine Sache des Herzens. Diese ethischen, unmittelbaren Kräfte werden ihr zurückkehren, ohne daß darum die Ziele der letzten Entwicklung verdorben werden. Eine besonders zarte Behandlung wird besonders für alle die Dinge notwendig werden, die mit Heimarbeit und Hausindustrie zusammenhängen; gewiß sind wir in der nächsten Zeit von allen Radikalkuren auf diesem Gebiete ferner als je, müssen uns aber darüber klar sein, daß gerade hier der sozialpolitische Pflichtenkreis wachsen wird.

Was wir bisher besprachen, waren Auswirkungen und Aufgaben des „sozialen“ Staates — Erscheinungen, dem Friedenszustand nicht fremd, durch den Krieg aber stärker belichtet, in ihrem Sinn vertieft, nicht grundsätzlich gewandelt.

Wie steht es aber mit dem „sozialistischen“ Charakter, den die Volkswirtschaft unter dem Zwang der Kriegslage angenommen hat, angenommen haben soll?

Notwendig wird, daß wir zunächst eine gewisse Erweichung des Begriffs Sozialismus eintreten lassen. Durch die schärfste systematische Ausbildung, die den Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft“ läuterte, hat heute die Marxsche Lehre alle übrigen „sozialistischen“ Anschauungen an die Wand gedrückt; in der öffentlichen Aussprache ist sie der Ausdruck des wahren Sozialismus geworden. Es gibt nun auch marxistische Theoretiker, denen ihre sonstige Gegnerschaft gegen den Krieg durch die sozialistischen Maßnahmen im Innern etwas verdrängt wird, weil sie im Krieg auch den Vater des Sozialismus zu erkennen glauben. Da ist nun freilich zu sagen, daß der „Kriegssozialismus“ mit dem Marxistischen Sozialismus ganz und gar nichts zu tun hat. Vielleicht ist es nicht ganz gleichgültig, dies doppelt abzugrenzen.

Die Marxsche Sozialisierung ist ein Vorgang mit den internationalen Voraussetzungen der Durchkapitalisierung der gesamten Wirtschaft — der nationale Staat ist kein Werkzeug dieses Prozesses. Freilich war dies immer die brüchigste Stelle des Marxschen Systems, und wahrscheinlich wird das eine Wirkung der Kriegserfahrungen sein, daß man künftig auch im theoretischen Denken den national geschlossenen Staat als Unterlage nimmt, fichte gegen Marx. Bedeutsamer jedoch: der Marxistische Sozialismus ist eine Wirkung der technischen und ökonomischen Entwicklung, ihre höchste Durchbildung, erzwungen von der Akkumulations-tendenz der gesteigerten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Von diesen technisch-ökonomischen Richtungen ist aber im gegenwärtigen Augenblick nichts zu spüren — ja sie sind geradezu ausgeschaltet. Die „sozialistischen“ Tatsachen dienen am wenigsten der Steigerung der technisch-kapitalistischen Betriebsweise zur sozialistischen Produktion, sondern ihr Sinn ist Erhaltung der baren Arbeitsmöglichkeit und Nutzbarmachung der vorhandenen Kräfte zu Zwecken der Kriegsführung.

Will man für unseren heutigen Zustand aus der Geschichte einen Theoretiker haben, so muß man zu Fichte greifen. Nicht zu dem Philosophen und Prediger, sondern zu dem Staatssozialisten. Seine umständlichen und etwas schwerfälligen Auseinandersetzungen in der Schrift über den „geschlossenen Handelsstaat“ zu lesen ist heute fast vergnüglich, da man versucht ist, in seinen Abtrennungen der Berufe und dem staatlich angeordneten und in Rationen zubemessenen Austausch der Produkte mit Reserven für die gelehrten und sonstigen „unproduktiven“ Stände die theoretischen Formulierungen von dem festzustellen, was heute Verwaltungs Improvisation aus Not ist. Es scheint denn auch, daß die Romantik des Vergleiches manchen schon zu verführen beginnt, daß er hier kommende dauernde Ideale sieht.

Fichte entwirft, ein Sohn der merkantilistischen Epoche, das Bild einer staatlich geschlossenen, einer „autonomen“ Wirtschaftsorganisation. Der Handelsverkehr über die Staatsgrenzen hinaus ist verboten, die Befriedigung aller Bedürfnisse wird durch die Produktion der eigenen Volkswirtschaft übernommen und besorgt. Der Staat regelt dies durch vernünftige Gesetze — es sind, da er Anbau, Verteilung, Abtransport aus „Überschußgebieten“, Preisgestaltung regelt, innere Krisen ausgeschlossen und die volle Unabhängigkeit gegen das Ausland ist gewahrt. Gewiß sehen wir davon ein gut Teil heute um uns verwirklicht, und es soll später untersucht werden, wie weit innerhalb dieses Bezirkes von Maßnahmen dauernder Wirkungen gesprochen werden kann, aber die Umsetzung von Fichtes Ideal in die Tat ist nimmermehr das Ziel eines Krieges, der, wirtschaftlich betrachtet (es gibt auch andere Betrachtungsweisen), nicht dem Abschluß von den anderen Ländern dient, sondern im Gegenteil der Sicherung und Erweiterung der deutschen Handelsbeziehungen nach Übersee und in den Orient. Gar nicht zu reden davon, daß unser geschlossener Handelsstaat keineswegs auf den Handel mit dem Ausland verzichtet, sondern unter bereitwilligster Preisgabe der reinen Theorie alles hereinholt, was nur beizuschaffen ist.

Jeder ernsthafte Krieg, der etwa über eine koloniale Unternehmung hinausgeht, hat sehr bedeutende finanzielle und wirtschaftliche Voraussetzungen; der straffen militärischen Konzentration der nationalen Kraft folgt eine Häufung der Macht auch bei den Stellen, die für die Ordnung der Staatsfinanzen und des Wirt-

schaftslebens zu sorgen haben. Das ist ganz natürlich und notwendig. Denn die kriegerischen Unternehmungen als solche müssen von allen peinlichen möglichen Nebeneinflüssen unabhängig gehalten werden. Für das Deutsche Reich ist die Rechtsgrundlage der verschiedensten Maßnahmen in dieser Richtung durch die Kriegswirtschaftsgesetze geschaffen worden, die der Reichstag am 4. August 1914 beschlossen hat und die den Bundesrat mit einer großen Anzahl von besonderen Befugnissen ausgestattet haben.

Mit Sozialismus hatte das zunächst nichts zu tun, wenn man nicht so weit gehen will, in dem öffentlichen Zentralismus eine Vergleichslinie zur sozialistischen Organisation zu sehen. Vielmehr: man kann sagen, ein großer Teil der ersten Maßnahmen hatte ein ausgesprochen individualistisches Ziel, der vorhandenen Privatwirtschaft mit aller Möglichkeit zu Hilfe zu kommen. Die erste Wirtschaftsforderung hieß: nur keine innere Krise. Gefährdete Unternehmungen konnten sich unter „Geschäftsaufsicht“ flüchten und dadurch dem Konkurs entgehen, ohne daß ihre schlimme Lage gerade der politischen Wendung zu entstammen brauchte. Mit der großen Schöpfung der der Reichsbank angegliederten Darlehenskassen, die nebenbei auch die Form zur Vermehrung des Umlaufgeldes abgeben konnte, wurde das Kreditleben erhalten durch weitgehende Zulassung des Lombards. Kriegskreditbanken auf verschieden breiter Grundlage dienten dort, wo es notwendig erschien, der Sicherung des Personalkredits.

Alle diese Maßnahmen haben eine höchst wohlthätige Wirkung ausgeübt auf den gleichmäßigen Gang des inneren Wirtschaftslebens; vielleicht nicht so sehr durch ihr unmittelbares Eingreifen als schon durch die beruhigende Tatsache, daß sie überhaupt vorhanden waren. Ihr Geschäftskreis ist meist bei weitem nicht so groß geworden, als zunächst angenommen worden war. Man hatte sie kaum allmählich eingerichtet, als durch die großen militärischen Siege der letzten Augustwochen eine so starke Beruhigung im Volksbewußtsein eingetreten war, daß die Privatbanken keine Hemmungen mehr in der Fortführung ihrer bisherigen Kreditgeschäfte störten.

Diese Fragen hängen jedoch nur lose mit dem eigentlichen Ziel unserer Arbeit zusammen.

Als am 4. August der Reichstag dem Gesetze zustimmte, durch das der Bundesrat zur Anordnung von Höchstpreisen er-

mächtigt wurde, hatte England noch nicht den Krieg erklärt; freilich, am Abend des großen Tages war er da. Die Bestimmung über Höchstpreise hat die Annahme zur Voraussetzung, daß in notwendigen Bedarfsmitteln Knappheit entstehen könnte und dann von Staats wegen ein Einfluß auf die Preisgestaltung wünschenswert würde. Diese Vorsicht war auch ohne Englands Dazwischentreten nötig, denn wir haben auch von Rußland stark eingeführt, die politische Entwicklung der Balkaneinfuhrländer war nie abzusehen, eine starke Behinderung des regelmäßigen Überseeverkehrs war auf alle Fälle bei der geographischen Lage Deutschlands in Rechnung zu setzen. Aber erst Englands Kriegsentwurf und vor allem seine sehr rücksichtslose Ausdehnung des Begriffs der Konterbande, die nicht lange auf sich warten ließ, gab diesem Zustand der kommenden Knappheit an Vorräten seine Zuspitzung, den Zwang zum „Sozialismus“.

Als es späterhin notwendig wurde, der Bevölkerung den Sinn der Höchstpreise für manche Lebensmittel, die Festlegung von Einzelrationen nach der Kopfszahl einleuchtend zu machen, wurde meist nach dem Beispiel der „belagerten“ Festung gegriffen und das von der unentbehrlichen Zufuhr fast völlig abgeschnittene Deutschland mit solch einer belagerten Festung verglichen. Der Vergleich ist cum grano salis auch zutreffend und heißt zum mindesten die Tatsache auf, daß es sich bei den besagten Maßnahmen um keine völlig neue Erfindung, um keine Folge sozialistischen Denkens handle, sondern um einen in dem Tatsachenbuch der Kriegsgeschichte recht häufigen, ja fast normalen Vorgang. Bloß soll einiges nicht übersehen werden: eine Regelung, die für hunderttausend Menschen, vielleicht auch für eine Million einmal eingerichtet wurde, die übersehbar auf engem Raum zusammenwohnt, ist eine verhältnismäßig harmlose Sache gegenüber einer Aufgabe, die (nimmt man die okkupierten Gegenden hinzu) an 80 Millionen umfaßt. Denn mit dem Umfang ändert sich auch das Wesen einer Sache; es genügt der Hinweis auf die so höchst verschiedenen Ergebnisse bei den Vorratserhebungen und -schätzungen.

Wichtiger aber ist: es handelt sich nicht, wie bei der belagerten Festung, um die Regelung des Verbrauchs, bei dem Menge mit Mäulern dividiert und dann noch mit einer militärisch abgeschätzten Zeitdauer verrechnet wird, sondern um die Regelung

der Produktion. Diese ist das Neue, Schwierige und über alle geschichtlichen Vergleiche Hinausweisende; sie war nie so sehr unmittelbare Aufgabe. So ungeheuer wichtig und wertvoll es ist, die agrarische Güterproduktion in vollem Umfang durchzuhalten, ja zu steigern, um einigermaßen die Ausfälle in der Einfuhr (im gegebenen Fall bei den Futtermitteln) auszugleichen, so ergibt sich hier der natürliche Gegensatz zwischen Hersteller und Verbraucher, zwischen Produzent und Konsument.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei diesen Fragen grundsätzlicher und allgemeiner Natur. In ihrem logischen Ausgangspunkt sind staatliche Höchstpreise, noch mehr aber Beschlagnahme und rationenmäßige Zuteilung etwa von Lebensmittelanprüchen durchaus vom Konsumenten aus bestimmt. Dieser soll vor Spekulationspreisen aus monopolistischer Tendenz geschützt werden; in der Verteilung nach Kopfszahl drückt sich die Fürsorge für die Unbemittelten aus, denen die Wohlhabenden nicht, durch Anlegung stärkerer Privatvorräte, die Lage auf dem allgemeinen Markt verderben sollen. Der Sinn ist: Verhütung einer Hungersnot schlechthin, dann aber auch Vermeidung innerer Ernährungsrisiken, durch die die seelische Haltung der breiten Bevölkerungsschichten zum Krieg erschüttert werden könnte. Eine Hungersnot im drastischen Wortsinne wäre wohl auch ohne Höchstpreise nicht gekommen. Da es gab Theoretiker und Praktiker, die gegen die Höchstpreise auf Getreide eintraten, weil sie eben von wachsenden Preisen den wohlthätigen Zwang zur Einschränkung und zum sparsamen Verbrauch von Bedarfsmitteln erwarteten. Nach unserer Meinung wäre dies allerdings eine recht gewagte Eisenhart-Nur gewesen, die den Volkskörper in höchst bedenkliche Krisen gebracht und einen starken, zu starken Gegensatz zwischen den letzten Verzehrern auf der einen, den Händlern, Verarbeitern, Herstellern auf der anderen Seite geschaffen hätte.

Dieser Gegensatz ist natürlich an sich vorhanden, und es war nicht verwunderlich, daß er vom Frieden in den Krieg mit herübergenommen wurde. Es ist so wenig angebracht, ihn mit einer nationalen Phraseologie zu übermalen, damit er für das Auge verschwinde, als ihn durch törichte Vorwürfe größer erscheinen zu lassen, als er ist. Das wäre wirklich zuviel verlangt (manche glaubten es ja bis zu einer schändlichen Ernüchterung), daß die Berufsleute, wie etwa die Landwirtschaft, die durch Jahrzehnte für eine

Höherwertung ihrer Erzeugnisse gekämpft haben, plötzlich allen Erwerbsinn ablegen sollten und der plötzlichen Konjunktur aus dem Wege laufen. Unlagen ist da sehr billig; aber es führt nicht sehr weit. Im Gegenteil: man muß sagen, daß der Konsumentenstandpunkt, der die gegebene Quelle des „Verteilungssozialismus“ ist, seine notwendige Grenze finden muß. Gewiß ist er die Vertretung der überwiegenden Volksmehrheit, der Volk-zukunft mit allen nur essenden Kindermäulern, doch sein Vorrecht gilt nur für den Krieg, fast nur für einen in der Zeitdauer übersehbaren Krieg. In dem Augenblick aber, da der Kriegszustand droht, langfristig zu werden, rückt das Problem der öffentlichen Produzentenrücksicht und Produzentenfürsorge absolut in den Vordergrund, um der baren Konsumenteninteressen willen, und er ist auch vorherrschend bei allem Denken an das Nachher. Eine ungenügende Konsumtion ist leichter wieder einzuholen und gutzumachen als eine in ihrer Regelmäßigkeit geschädigte Produktion.

Man begreift, warum ein in der Öffentlichkeit trotz des Burgfriedens lebhaft erörtertes Problem hinter allgemeinen Formeln verborgen wird; es soll hier sine ira et studio gesprochen werden. Denn nichts kommt dabei heraus, wenn man mit Vorwürfen die Polemik der Wirtschaftspolitik im Frieden glatt übernimmt — das einzige Ziel kann doch nur dies sein, einen für beide Teile erträglichen Zustand zu schaffen. Ob und wie weit dies gelungen ist, mag später noch einmal näher betrachtet werden.

Der Kriegsozialismus als Konsumentenpolitik hat seine Wurzeln in der Behinderung der freien Zufuhr; wir erörterten den Vergleich mit der belagerten Festung. Es ist nun interessant, auf einen anderen Staat zu blicken, für den der freie Seeverkehr ja auch einigermaßen erschwert ist, der aber doch immerhin noch einen so starken Austausch an Geld und Waren betreiben kann, daß hier der gebrauchte Vergleich noch unzutreffender ist: England. Das britische Inselreich steht mit seiner ungeheuren Handelsflotte und seinem weitgedehnten havenreichen Küstengebiet in den Voraussetzungen der Bedarfsregulierung zunächst ungleich günstiger da als wir; aber trotzdem hat auch dieser Staat sich, und zwar lange, bevor wir den Unterseebootkrieg gegen seinen Handelsverkehr eröffneten, zu „sozialistischen“ Maßnahmen ent-

schließen müssen. Diese, die der „manchesterlichen“ Überlieferung der englischen Wirtschaftspolitik so sehr widersprechen, im einzelnen zu erkennen, wird später einmal, wenn die Schleier vor der Geschichtsforschung gefallen sind, gewiß eines der fesselndsten Kapitel der wirtschaftlichen Kriegsdarstellungen sein. Die groben Umrisse sind heute schon faßbar. Das Verhältnis, in dem der englische Lebensmittelmarkt auf Zufuhr angewiesen ist, läßt sich mit dem deutschen Zustand gar nicht vergleichen; das Problem der Rücksichtnahme auf den einheimischen Erzeuger fällt fast völlig hinweg, allein der Konsumentenstandpunkt entscheidet. Die Maßnahmen der britischen Regierung sind nun keineswegs einheitlich, sondern durchaus opportunistisch. Als in der englischen Öffentlichkeit angeregt worden war, die Preisbewegung des Getreides in die Hand des Staates zu nehmen, lehnte der Ministerpräsident es ab, die „natürliche“ Gestaltung der Preise zu beeinflussen. Er mochte befürchten, daß die feste Begrenzung der Prostrate dem Ansporn zur Zufuhr ein Hemmnis sei; die Folge dieses Verzichts war bekanntlich, daß die Brotpreise in England gelegentlich ganz außerordentlich stiegen und die peinlichsten Wirkungen in Lohnarbeiterstreiks zeitigten. Dieser Doktrinarismus war aber nicht allgemein verbindlich. Denn als beim Kriegsbeginn die starke Zuckereinfuhr aus Deutschland plötzlich abbrach, entschloß man sich zur größten staatssozialistischen Maßnahme: der englische Staat sicherte sich durch Unterkäufer, unter Ausschaltung der Spekulation, sofort die verfügbaren Rohrzuckerbestände der ganzen Erde und schüttete damit seine Marmeladenindustrie vor dem Zusammenbruch. Der Staat schuf ein Handelsmonopol als Einkäufer, unabhängig von allen Gründen der Staatsfinanzen. Es scheint, daß noch ein anderer großer Plan unterwegs ist, dessen Regelung aber nicht sicher erkannt wird: die Schaffung eines Ausfuhrmonopols für die indische Weizen-ernte. Solange die Dardanellen geschlossen sind, liegen die an England verpfändeten Getreidemassen Südrusslands unverwertbar in Odessa und anderen Stapelplätzen — die britische Nahrungszufuhr ist weitgehend der nord- und südamerikanischen Getreidespekulation preisgegeben. Diergegen soll, wie es scheint, ein Regulativ geschaffen werden, wobei der Staat nicht eigentlich als Großkäufer auftritt, sondern kraft seiner Herrschaftsgewalt die Zufuhr erzwingt und so leitet, daß die Preisbildung sich wieder

senke. Um an sich den für Englands Leben unerläßlichen Seeverkehr unter Kriegsangst nicht erlahmen zu lassen, trat der Staat mit starker Beteiligung in die schon abgeschlossenen Seetransportversicherungen ein und nimmt bei neuen Verträgen an der Rückversicherung teil. Auch hat er sofort nach Kriegsbeginn das private Eisenbahnwesen unter staatliche Verwaltung gestellt.

Man sieht, wie rasch, umfassend und unbefangen sich die englische Regierung aus der individualistischen Tradition zu lösen verstand und dem Staat Aufgaben wirtschaftlicher Art zuwies, die er bisher floh; es bleibt abzuwarten, ob durch diese Maßnahmen (wie auch durch die Erörterungen über die Wehrpflicht) nicht der englische Staatsbegriff eine dauernde Ausweitung und Vertiefung erfahren wird. Zunächst war er gezwungen, noch einen Schritt weiter zu gehen in den „sozialistischen“ Versuchen, indem er seine Macht nicht nur auf die Rohstoffbeschaffung und -verteilung legte, sondern unmittelbar die Produktion regulieren wollte — und will. Daß dies möglich war, liegt wohl vor allem an der Persönlichkeit von Lloyd George, dessen Liebäugeln mit praktischem Sozialismus ihn vordem in höchstem Maße verdächtig machte, jetzt aber mehr und mehr zum „Retter des Vaterlandes“ erhob. Es dreht sich um zweierlei: Farben und Munition.

Die englische Textilindustrie ist durchaus auf die Versorgung durch deutsche Anilinfarben angewiesen. Dank der Verbindung der wissenschaftlichen und der industriellen Laboratorien bei uns hat Deutschland in der Erzeugung von Farben das absolute Übergewicht und beherrscht den Weltmarkt. Die Farbenzufuhr hörte nun auf. Wie dem abhelfen? Die Regierung machte den Versuch, eine große staatliche Fabrik einzurichten auf der Grundlage, daß sie eine, auch anderhalb Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellen wollte, wenn die gleiche Summe von den beteiligten Baumwollverarbeitern übernommen würde. Durch staatliche Preise sollten zugleich die Chemiker angespornt werden, rationelle Herstellungsverfahren zu erfinden. Der technische Grundgedanke war etwas naiv — denn man glaubte, in einigen Monaten durch Geld und gute Worte das nachzuholen, was in Deutschland das Ergebnis vieljähriger, an Enttäuschungen wie an Überraschungen reicher, geheimnisvoll behüteter Erfahrung ist. Der Versuch der Engländer kann denn wohl auch heute schon in der Hauptsache als mißlungen betrachtet werden — zum Teil

aus einem merkwürdigen und charakteristischen Grunde. Die Textilindustriellen sollten sich nämlich verpflichten, um eine dauernde Verzinsung des riesigen Kapitals und den Bestand des Unternehmens zu sichern, auch in Friedenszeiten bei dieser staatlichen Farbenfabrik zu beziehen. Vor dieser Bindung aber wollten sie sich bewahren, aus Konkurrenzgründen wohl, dann aber auch aus Mißtrauen gegen die fiskalischen Farben — sie werden bessere Geschäfte machen, wenn sie später wieder in Deutschland kaufen. (Woraus sich an einem kleinen Einzelbeispiel ergibt, wie windig es mit der Vernichtung der deutschen Industrie durch englische Journalisten, Parlamentsausschüsse, Ministerialkommissionen und Wirtschaftsbilettanten bestellt ist.)

Dramatischer wird der Vorgang bei der Munitionsfabrikation. Lloyd George hatte zwar selber im August 1914 die Siegesformel ausgegeben: der Krieg werde durch silberne Kugeln entschieden, inzwischen aber entschloß er sich, nur auf die Herstellung von Munition aus Stahl und Blei bedacht zu sein. Der englische Feldmarschall French hatte nach dem Gefecht von Neuve Chapelle, unglücklicherweise, nachdem englische Artillerie englische Infanterie zusammengeschossen hatte, zu einem Reporter bemerkt: der Krieg werde durch Munition gewonnen (nicht durch die Klugheit der Führer, die Zahl und Tapferkeit der Soldaten). Seitdem bemüht sich das amtliche England, da die Soldaten etwas ausbleiben, statt der Tommys möglichst viel Granaten über den Kanal herüberzuschicken; diese sind aber auch nicht auf der Straße zu finden. Eine Zeitlang glaubte man wohl, aus Amerika den Abmangel der eigenen Erzeugung decken zu können; aber es scheint nicht auszureichen. England befindet sich hier nun in der Tat in einer sehr heiklen Lage. Es macht riesige Einkäufe in den Vereinigten Staaten und ist darum interessiert daran, daß die eigene Exportindustrie für den Weltmarkt weiterarbeite, damit sich seine Valuta nicht verschlechtere. Deutschland, von der Aus- und Einfuhr fast völlig abgeschnitten, kennt dies Dilemma nicht; hier war es nur eine Frage der Zeit, bis sich die in Betracht kommenden Industrien auf die fast ausschließliche Herstellung von Kriegsmaterial eingerichtet hatten. England aber, wenn es jetzt daran geht, seine Industrie durch Staatszwang für die innere Kriegsproduktion immer mehr wachsend in Anspruch zu nehmen und damit die Möglichkeiten für den Export selber einzudämmen,

schadet seiner allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Das mag wohl auch die Ursache gewesen sein, warum Regierung und Industrie so zögernd an das Problem herangingen.

Um so rücksichtsloser war man aber dann auch, als der Entschluß gefaßt war. Lloyd George ließ sich durch Gesetz das Recht geben, Fabrikationsräume, die für Munitionsherstellung geeignet seien, von Staats wegen zu beanspruchen und zu beschlagnahmen — man denke immer an die „freiheitliche“ Überlieferung des englischen Wirtschaftswesens. Der Staat teilt das Land auf in zehn Munitionsbezirke und besorgt durch „Rekrutierungsbureaus“ die Anwerbung von Arbeitskräften. Man darf annehmen, daß dieses Verfahren quantitativ einen Erfolg haben wird, denn an Arbeitslosen fehlt es auch heute nicht in England, und außerdem ist dieser vaterländische Arbeitsdienst eine gewisse Form, in der man sich anständig um Drill, Front und Gefahr drücken kann; für uns ist es dabei einigermaßen tröstlich, daß die Granaten, an denen ungelernete Arbeiter mitgewirkt haben, vielleicht nicht ganz so gefährlich sind wie die „Amerikaner“, daß die vermehrte Masse durch die verminderte Güte etwas ausgeglichen wird. Doch dies nur nebenbei.

Daß diese Organisation gelingen konnte — ihr Bestand und ihre Wirkung bleiben abzuwarten —, hatte zur Voraussetzung eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Deren Verlauf entzieht sich einstweilen unserer Kenntnis; Lloyd George sagt bloß, die größere Schwierigkeit liege bei den Arbeitgebern, während er glaubt, mit den Gewerkschaften eine Form gefunden zu haben. Die Haltung der Trade Unions in diesem Kriege ist ja nicht einheitlich, freilich eigentümlich genug. Sie haben am Anfang die Rekrutierungspropaganda mit unterstützt, wenigstens moralisch, und einer ihrer Führer, Henderson, sitzt jetzt im Koalitionskabinett; aber sonst scheuten sie sich nicht, im Gegensatz zur Haltung der deutschen Organisationen, ruhig die Friedenspolitik fortzusetzen und die Streikwaffe zu gebrauchen. Das liegt an Verschiedenem: an dem Mangel an Staatsgefühl, der den Engländern gemeinsam ist, an dem Fehlen der unmittelbaren Kriegswirkung, dann aber wohl wesentlich auch daran, daß durch die Zurückhaltung des liberalen Kabinetts nichts geschah, um die unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltung einzudämmen. Örtliche Streiks sind lange Zeit an der Tagesordnung,

vor allem in den Industrien, die mit Kriegsaufträgen und Kriegsgewinnen zu rechnen haben. Diese Streiks und den Berufsaristokratismus des typischen Gewerkschaftlers kann Lloyd George in seinem System aber nicht brauchen — er verlangt, daß die Gewerkschaften auf ihre überlieferten Gewohnheiten und Ansprüche verzichten. Sie geben die Aufgabe; sie werben mit Berufsfremden zusammen arbeiten; sie werden nicht streiken, sie anerkennen — und das ist die etwas heuchlige Form des Vertrages — für die nicht kommenden Streitfälle ein schlichterliches Schlichtungsgericht und legen eine Liste von Geldstrafen für Verstöße gegen den Arbeitsvertrag. Aber sie machen eine Gegenforderung: daß der Staat die Verwaltung der Arbeitsgeber überwache und nötigenfalls beschränke. Wie das gelingen soll, weiß nicht mal Lloyd George; aber zweifellos ist dies die Schwierigkeit, von der Lloyd George gesprochen hat, über die er sich einstweilen mit einer allgemeinen Aufgabe wohl hinweghalf. Es ist kaum gewiß kein Zufall, daß die „rettende Tat“ des Munitionsministers ein gewisses gebrochenes und nicht allzu zuverlässiges Echo in Parlament und Öffentlichkeit fand.

Diese breite Behandlung von Einzelerscheinungen des englischen „Kriegssozialismus“ rechtfertigt sich wohl schon darum, weil wir gewohnt sind, unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung an der des älteren Industrielandes über dem Kanal zu messen. Man kommt hier nun zu der überraschenden Feststellung, daß das manchesterliche England gerade im Umkreis der gewerblichen Produktion zu einem viel ausgesprochenen Sozialismus übergegangen ist als das eigentliche Mutterland der sozialistischen Ideen. Bei uns hat sich nur bei der Frage der Stickstoffgewinnung und der dauernden Befriedigung des einheimischen Marktes der Versuch eingestellt, daß der Staat für die Produktion verbindliche, in die Zukunft währende Formen der Produktionssicherung finde; der Gegenstand aber ist im Augenblick noch zu sehr in der Verhandlung, zu wenig geklärt und zu stark mit den Möglichkeiten technischer Änderungen belastet, als daß er schon für eine eingehendere öffentliche Behandlung reif wäre. Sonst aber kann gesagt werden, daß in Deutschland, was die gewerbliche Produktion anlangt, viel „freiheitlicher“ verfahren wurde. Der Grund, der zur Schaffung neuer Kreditanstalten führte: die Privatwirtschaften möglichst ungebrochen zu erhalten, blieb maßgebend. Man vertraute auf den Instinkt, die Willens- und Anpassungs-

kraft der privaten, der persönlichen Initiative des deutschen Unternehmers, und man konnte dies um so mehr, als die deutsche Industrie schon im Frieden, in Kartellen und in Unternehmerverbänden der verschiedensten Art, in viel höherem Maße gemeinschaftlich durchgebildet war als etwa die britische. Diese Organisationen erwiesen sich jetzt als Rückhalt, zugleich als Stellen des Ausgleichs, der Vermittlung, der Verteilung. Das, was dem Staate blieb, war im wesentlichen, für die Rohstoffe, die zur Verarbeitung notwendig sind, besorgt zu sein, eine freilich große und schwierige Aufgabe.

Er hat sie in einer klugen und zurückhaltenden Art gelöst, indem er, soweit es ging, die Formen der privatrechtlichen Wirtschaftsweise benutzte oder weiterbildete, deren Kraft aber durch Ausstattung mit staatlicher Machtbefugnis stützte. Er vermied damit, auf einen Zustand, in dem zunächst alles elastisch sein mußte, anschniegfam, eine bürokratische Norm aufzubauen; er holte je und je die Männer der „Branche“ herbei, leitete die Gründung von Rohstoffgesellschaften auf Aktien ein, wobei ihm die gewerblichen Berufsverbände zu Hilfe kamen, und gab diesen Zentralen (Metalle der verschiedensten Art, Wolle, Leder usw.) das Recht der Beschlagnahme und der Verteilung der vorhandenen Rohstoffe, indem er ihre Tätigkeit durch staatliche Preisfestsetzungen erleichterte. Diese halbamtlichen Privatgesellschaften mußten natürlich die größte Bedeutung erhalten; eine ihrer wesentlichen Aufgaben war u. a. die starke Kriegsbeute, die etwa in Antwerpen, im Gebiet von Roubaix, Lille, Tourcoing, in Schaulen und Libau gemacht worden, der einheimischen Produktion zuzuführen. Im Reichsamt des Innern treffen sich die verschiedenen Organisationen dieser Art; dort ist auch die Zentralstelle für die Einfuhr von Stoffen über die neutralen Länder geschaffen. Das Reich hat natürlich ein ganz starkes Interesse daran, Ausfuhr und Einfuhr möglichst mit den Kriegsnotwendigkeiten im Gleichgang zu halten; dadurch, daß auch die neutralen Länder in einer Reihe von Produkten auf Zufuhr aus Deutschland angewiesen sind, Kohle, Farben, qualifizierte Fertigfabrikate, hat die deutsche Wirtschaftsleitung eine starke Waffe in der Hand, neutrale Ausfuhrverbote zu lockern. Der Wechsel in den eigenen Ausfuhrbestimmungen zeigt, daß man, vom eigentlichen Kriegsmaterial abgesehen, hier nicht grundsätzlich, sondern opportunistisch entscheidet

— es ist, in dem sogenannten „Kompensationsverfahren“, das unter staatlicher Regelung steht, eine Art von Naturaltauschwirtschaft zwischen den Staaten entstanden, Ware wird nur gegen Ware gegeben. (Zu einer ganz ungewöhnlichen Verstaatlichung der Zufuhr scheint die Schweiz sich entschließen zu müssen, um ihr Wirtschaftsleben inmitten des Mißtrauens der Anrainer zu schützen: in der Schaffung eines staatlichen Einfuhrtruffs, bei dem die Behörde bis zum Schlußverbrauch die Ware unter einer gewissen Kontrolle hält. Der Versuch ist noch nicht Praxis geworden.) Von der deutschen Organisation der Rohstoffgesellschaften und der Zentralisierung der Einfuhr kann man wohl sagen, daß sie sich im großen ganzen ausgezeichnet bewährt haben. Daß es nicht ohne Reibungen ging, ist selbstverständlich — die Klagen über mangelndes Entgegenkommen, die gelegentlich aus den Kreisen der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden kamen, werden wohl nach dem Kriege noch ausführlich besprochen werden. Aber je mehr sich zwischen die Zentralen der Auftragserteilung und die Verwaltung der Rohstoffe die industriellen Verbandsleitungen, die ein Gewerbegebiet auf ihre Bedürfnisse und ihre Leistungsfähigkeit beurteilen konnten, als Mittelstellen einschoben, desto befriedigender das Ergebnis. Daß diese Form nicht von heute auf morgen erreicht war, verschlägt nichts gegenüber der Tatsache, wie ruhig, rasch und selbstverständlich aus diesem Widerspiel zwischen zentraler Regelung und entfesselter Privatinitiative die Umbildung der deutschen Industrie, vor allem für den Kriegsbedarf, vor sich ging.

Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß wir an entfesselter Privatinitiative gelegentlich etwas zu viel hatten. Das ist das nicht immer erfreuliche Kapitel vom „Kriegslieferanten“, dessen Stelle im Mobilmachungsplan nicht fest eingezeichnet war, des unternehmenden Kopfes, der den Krieg als Konjunktur begreift und nun in Kriegsgeschäften arbeitet. Gewiß, er fehlt bei der ernsthaften Metallindustrie, die unmittelbare Aufträge von den militärischen Zentralstellen zugewiesen erhält; es gelang auch, ihn in der Tabakindustrie auszuscheiden dadurch, daß die großen Tabakvereinigungen als Auftragsvermittler sich einschoben, aber er treibt sein Wesen im Textil- und Kleinfertigungsgewerbe und findet seinen Niederschlag in den Anzeigenseiten der großen Tageszeitungen. Es ist meist der Aufkäufer mit Kapital, Erfindungsgeist und „Verbindungen“, anpassungsfähig, Branchekenntnisse werden nicht ver-

langt — er arbeitet (oder arbeitete doch in den Wintermonaten, die noch keine Zentralisation hatten) häufig vorteilhaft genug auf dem Hintergrund von Aufträgen aus Ersatzbataillonen und Kriegsämtern, die natürlich keineswegs immer mit kaufmännisch erfahrenen älteren Offizieren besetzt waren. Die Aufträge waren dringlich, der Staat hatte Geld und konnte zahlen. Die Luft ist voll von Geschichten, was für eine Art von Geschäften da geschlossen wurden, und zu den überlieferten „Submissionsblüten“ aus den Handwerkerkonkurrenzen wird sich nun eine neue Aneldotenreihe anfügen. Erfreulich ist dieser Zustand keineswegs, denn er kostet den Staat reichlich Geld und verursacht eine Umfichtung der Vermögensbildungen, die zu der schweren Kriegsnöte der breiten Masse ein höchst unerwünschtes Gegenbild ist. Wahrscheinlich war der Zustand, nachdem ein brauchbarer Plan im Frieden nicht vorgearbeitet war, nicht mehr zu vermeiden; man soll aber nun natürlich mit dieser Wirtschaft von Spesen und Zwischengewinnen nicht die Anstrengungen verwechseln, die von der ernsthaften Industrie gemacht werden mußten, oft mit erheblichen Kapitalsaufwendungen, um ihre Betriebe für die Herstellung von Kriegsmaterial neu einzurichten; so wenn Uhrenfabriken Zünder liefern, wenn landwirtschaftliche Maschinenfabriken Granaten drehen lassen u. a.

Hierher gehört noch ein Wort über das Problem der freiwilligen Arbeitsvermittlung, die Mobilmachung des häuslichen Frauenfleißes. Wir sahen nach dem Kriegsausbruch die Rückkehr der deutschen Frau zum Strickstrumpf und zur Bauchbinde — das wäre ein nicht reizloses Kapitel, einmal die „Nationalökonomie der Liebesgabe“ zu beschreiben, der selbstgefertigten und der gekauften. Immerhin war dies nur ein herbftliches Zwischenpiel, dauernde Bedeutung gewannen aber die Bemühungen, an die Frauen der Ausmarschierten (wie der arbeitslos gewordenen) bezahlte Arbeit zu vermitteln. Aus der Versorgung des Liebesgabenmarktes entwickelte sich hier vielfach unmittelbare Militärlieferung. Der Sinn dieser vorübergehenden Veranstaltungen wird aus gewerblichen Kreisen gelegentlich bestritten, da sie Auftragsentziehung bedeuten. Aber der unmittelbare Wert ist doch viel größer: moralisch dadurch, daß häusliche Arbeitsgelegenheit geschaffen wird; wirtschaftlich: daß durch die unentlohnte Regelung von Verwaltung und Vorarbeit höhere Löhne möglich werden;

finanziell: die Entlastung der städtischen Unterstützungskassen beizutragen, ins Breite gesehen, nach Millionen. Ein Zwischenstadium zwischen Sozialismus, Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege — wertvoll genug, auch künftig einem wirtschaftlichen Mobilmachungsplan eingefügt zu werden.

Der zweifellos schwierigsten Aufgabe sah sich der Staat gegenübergestellt, als es sich darum handelte, die Volksernährung sicherzustellen. Da die sonst durch das System der Einfuhrscheine hervorgerufene Weggabe von Brotfrucht an das Ausland durch Verbot wegfiel (nur der Schweiz gewährte man freundschaftliche Zugeständnisse), konnte die Getreidefrage mit einiger Ruhe betrachtet werden, sofern man sie für sich allein ansah; das Problem aber verschob sich sofort, wenn man die Getreide- (und Kartoffel-) Verwertung mit daraufhin untersuchte, wie weit das inländische Erzeugnis dazu helfen sollte, den einheimischen Viehbestand durchzuhalten. Denn die sich entwickelnde Vieh- und Schweinehaltung Deutschlands wuchs wesentlich auf einer sich immer steigenden Futtermittelfuhr (vor allem Gerste, Mais, Otfuchen), mit deren Wegfall jetzt gerechnet werden mußte. Der Wettbewerb zwischen Mensch und Tier um das inländische Agrarprodukt bildet sozusagen den dramatischen Konflikt des Schauspiels, das in vielen Akten und Szenen von Künstlern und Dilettanten aufgebaut und aufgeführt wurde. Das Stück ist noch nicht abgeschlossen, und es soll deshalb davon Abstand genommen werden, seine „Exposition“ nachzuerzählen; es soll genügen, einige wesentliche Einzelfragen grundsätzlicher Art zu belichten.

Die Grundlage von jeglichem Sozialismus ist die Statistik; ihre technische Durchbildung und ihre zuverlässige Durchführung sind das A und das O allen praktischen Gelingens. Die Schwierigkeiten wachsen natürlich mit der Unübersichtlichkeit der Aufgabe und der Unsicherheit des Grundmaterials. Daran vor allem krankte lange Zeit der deutsche Versuch; man wußte nicht, wieviel agrarische Grundstoffe zur Verfügung standen. Eine zweimalige Aufnahme erwies völlig verschiedene Ergebnisse; der Pessimismus verwandelte sich in rosenrote Hoffungsfeligkeit, und die Techniker der Statistik ernteten Spott (obwohl ihre ernsthaften Bemühungen an sich die Grundlage waren, um der Bevölkerung in knapper, eindeutiger, faßbarer Form die Wichtigkeit des ganzen Problems nahezubringen). Gewiß sind bei der ersten Aufnahme

der Getreide- und vor allem der Kartoffelbestände wohl da und dort aus Unkenntnis, Unsicherheit, Mißtrauen oder ausbarer Spekulationsabsicht die Ziffern niedriger angegeben worden, als es der Wirklichkeit entsprach, und dadurch manche Maßregel übertrieben scharf gespannt worden (Einpökelung von Schweinen wegen Angst vor Kartoffelnot) — die Quelle des Übels saß darin, daß der Kriegswirtschaftsplan nicht einsetzen konnte mit dem beginnenden Umlauf der Agrarprodukte sofort nach der Gewinnung der Produktion, sondern mit einem „angebrochenen“ Erntejahr zu rechnen hatte. Deshalb und weil erstens das Schätzen des ungedroschenen Getreides und der „eingemieteten“ Kartoffeln eine höchst subjektive Sache ist und zweitens bei Kriegsausbruch eine starke Vorversorgung von Privaten den Markt unübersichtlich gemacht hatte. Den Ziffern, die in zahllosen Tabellen berechnet wurden, fehlte darum je und je die verbindliche Glaubwürdigkeit; denn es ist auch ganz ausgeschlossen, daß mit einer mehr oder weniger improvisierten Veranstaltung Abschließendes herausgeholt werden kann. Einigermassen feststehend aber in diesem Bild von Zahlen war das Anziehen der Getreidepreise.

Der Regierung war das Recht zu Höchstpreisen übertragen worden: aber nur zögernd und fast schüchtern näherte sie sich der Aufgabe. Heute, nachdem sie zu dem System übergegangen, wird sie wohl von Selbstvorwürfen nicht frei sein. Denn sie entschloß sich zu einem Zeitpunkt, da die Preise schon stark über ihr natürliches Regulativ getrieben waren. Warum die Regierung so schwerfällig gewesen, ist nicht ganz klar; es scheint, daß in den Landwirtschaftsministerien der beiden führenden Bundesstaaten die stärksten Hemmungen saßen. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen hatten, neben den Vertretern der übrigen Haupterwerbsgruppen, ihr Einverständnis ausgesprochen, die Öffentlichkeit wurde durch die Presse (Dr. Georg Heim, „Frankfurter Zeitung“) mit der Forderung vertraut gemacht, und die Stimmung der Bevölkerung war je früher, desto mehr bereit, mit ganzem Nachdruck aller staatlichen Entschlossenheit auch innerwirtschaftlich zu folgen.

Mit das wesentlichste Bedenken der Regierung mag wohl die Überlegung gewesen sein, daß Höchstpreise für Getreide nicht gerade einen Anziehungspunkt für die Einfuhr aus dem neutralen Ausland sein würde, auf die man doch aus begreiflichen Gründen

nicht verzichten wollte. Die Auffassung war: lieber teureres Getreide, als zu wenig. Der innerdeutsche Verbrauch war an möglichst niedrigen Preisen interessiert. Man ließ sie aber nun so hoch steigen, daß sie auch für die ausländische Zufuhr verlockend wurden. Als schließlich dann Ende Oktober die Höchstpreise ausgesprochen wurden, ließ man die Türen offen und nahm das eingeführte Getreide davon aus. Daß dadurch das System verwirrt wurde, zumal bei der verwaltungstechnischen Durchführung der Beschlagsnahme und der Eingetretten, ist zwar ein Schönheitsfehler der sozialistischen Relativität, aber aus opportunistischen Gründen mehr als gerechtfertigt. Der kriegsführende Staat kann nicht als Getreidekäufer mit fixiertem Preis im neutralen Ausland auftreten (dies würde allein eine Einschränkung der politischen Entscheidungsfreiheit sein); so sieht er sich gezwungen, auf sein sozialistisches System eine Temmerung für privatkapitalistische Spekulation aufzubauen.

Die Höchstpreise, für sich genommen, erwiesen sich als halbe Maßregel; die „natürliche“ Preisbildung war nicht erschlagen, sondern nun nahm die „Praxis“ den Kampf mit dem „gelünen Tisch“ auf und erfand ein System von Spesen, Zufuhrabgaben, Sackelgebühren, das den Willen des Gesetzgebers teilweise recht verbunkelte. Man kann auch nicht sagen, daß die mittleren Verwaltungsbehörden, die ihre große Arbeit mit einem verringerten Personenbestand zu bewältigen haben, wenn sie um Auskunft angegangen wurden, immer eine klare und einseitige Auffassung der Sachlage besaßen hätten. Vor allem aber tat man, wieder wohl wesentlich im Hinblick auf die Einfuhrmöglichkeit, nur halbe Arbeit und bestimmte zwar für Getreide, nicht aber für das Endprodukt Mehl die geforderten Höchstpreise. Das hat nicht nur Verstimmung hervorgerufen, sondern ziemlich unheimliche Verhältnisse entwickelt, weil sich die Preisspekulation jetzt einfach auf ein anderes Gelände verschob. Befördert wurde diese unverhältnismäßige Preisbildung bei dieser Ware durch die an sich wohlthätigen Vorschriften der stärkeren Ausmahlung der Frucht und durch die Bestimmung, daß dem Weizenmehl statt wie bisher 5%, nun 30% Roggenmehl beigemischt werden mußten. Um ein paar Ziffern zu geben, die Kaliski in den „Sozialistischen Monatsheften“ zitiert: Die Preisspanne zwischen 1000 Kilo Weizen und 1000 Kilo Weizenmehl betrug im Januar 1914 57,84 Mark, im März 1915

171 Mark, beim Roggen und feinem Mehl für denselben Zeitabschnitt 46,93 Mark bzw. 199 Mark.

Der nächste und notwendige Schritt war, die Konsequenz aus dem ersten Versuch der einheitlichen Regelung zu ziehen: die vorhandenen Bestände festzustellen und ihren Verbrauch unter einheitliche Regelung zu geben. Am 25. Januar ging diese Bundesratsverordnung in die Welt. Man mußte wissen, wieviel Getreide und Mehl ungefähr vorhanden waren, um dafür besorgt zu sein, daß die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte ernährt werden könnte; später erfolgte eine entsprechende Anordnung für die Kartoffeln. Damit waren denn auch die Vorräte der freien Entschließung des einzelnen in gewissem Sinne entzogen; man kann von Beschlagnahme reden, aber im technischen Sinne war es das nicht, denn die Vorräte blieben, wo sie waren. Sie standen aber der Allgemeinheit, dem Staate zur Verfügung.

Wie hat der Staat nun diese Regelungen vollzogen? Er benutzte zur statistischen Aufnahme seine und die kommunalen Behörden, denen ja für solche Zwecke immer eine Anzahl freiwilliger, ehrenamtlicher Hilfskräfte zur Verfügung steht; für die eigentliche Verwaltung aber schuf er sich ein neues, kaufmännisches Institut. Die Bundesstaaten, einzelne Großstädte, Vertretungen der Großindustrie begründeten die „Kriegsgetreidegesellschaft“; deren Aufgabe war es, die Vorräte aufzukaufen, aus den Überschuß- in die Bedarfsgebiete zu leiten und schließlich auch die Preisbildung zu überwachen. Die Kriegsgetreidegesellschaft hat damit eine monopolistische Stellung auf dem Getreidemarkt erhalten, und es ist nicht verwunderlich, daß die Neuschöpfung die Erinnerung an den „Antrag Ranig“ wachrief, der ja auch im Staat ein Instrument zur Beherrschung des Getreidemarkts, vor allem zur Regelung des Preises im Ankauf der ausländischen Frucht herbeiführen wollte.

Die Kritik, die die Kriegsgetreidegesellschaft erfuhr, war durchweg lauter und nachdrücklicher als die Anerkennung ihrer Leistung. Man stieß sich daran, daß bei einem dem Gemeinwohl dienenden Unternehmen die Technik der privatkapitalistischen Geschäftsführung deutlich blieb, zitierte auch wohl mit geringer Billigung die reichlich hoch angesetzten Gehälter, dann wieder die gewisse Unsicherheit in der Erledigung der Einzelgeschäfte. Der Vorwurf, der wohl am ehesten Berechtigung hatte, war der, daß

man, nachdem man die Verfügung über Getreide und Mehl einmal hatte, etwas zu zaghaft daran ging, die Mehlpreise herabzusetzen. Im übrigen war bei der ganzen Gründung nur die Form privatkapitalistisch — der volle Geschäftsgewinn fließt in die Fonds der Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat den Vorschlag gemacht, die Kriegsgetreidegesellschaft durch eine andere Form von Verteilungsstelle zu ersetzen, die unter landwirtschaftlicher Oberleitung stehen sollte und den Abfluß aus den Überschußgebieten in die Aufnahmeggebiete regeln — dagegen hat sich das Mißtrauen der Städte erhoben, die keine Schwächung des Konsumenteneinflusses bei der Regelung der Preisfrage dulden wollten. Vor allem hat man mit vollem Recht eingewandt, daß es ein wenig verschwenderisch gearbeitet hätte und neue Unklarheiten schaffen müsse, wenn ein System, das in ein paar Monaten mit starker Heißung in Gang gebracht wurde, vorgezogen würde um eines neuen Versuches willen. Der Charakter des Experiments blieb sich nie vernehmen lassen, wenn es sich darum handelt, aus einer verlagerten Wirklichkeit heraus eine große Form zu schaffen — daß die Klarheit eines reinlichen, sozialistischen oder sonstigen Denkens erreicht wurde, darf man nicht verlangen.

Die sozialistische Praxis kennt denn auch keine persönliche, sondern nur eine allgemeine und schematische Gerechtigkeit — das ist ihre Kraft und ihre Schwäche. Das zeigte sich bei dem letzten Abschluß des staatlich geordneten Ernährungsproblems: bei der Verteilung auf den Einzelkopf. Man nimmt die Gesamtsumme der Vorräte, schreibt einen beträchtlichen Teil als letzte Reserve bzw. als Vortrag fürs nächste Jahr auf die Seite, zieht ein weiteres Stück ab, um der Möglichkeit des Verderbs und der Vernichtung Rechnung zu tragen; was übrig bleibt, steht zur Verfügung, wird in die Tage bis zur neuen Ernte aufgeteilt, wird nochmals dividiert durch die Summe der Bevölkerung: nun hat man, was der einzelne pro Tag essen darf, die Brotration des Normaldeutschen. Natürlich hat sich die Berechnung der Brotration nicht in solch primitiver Form tatsächlich abgespielt, aber die Reihenfolge entspricht der Notwendigkeit. Der Normaldeutsche, gleichgültig, welchen Alters, Standes, Berufs, hat Anspruch auf 200 Gramm Mehl pro Tag. Die Gemeinden übernehmen die Verteilung der Anweisung, der Brotkarte. Sie wird

nach Haushaltungen für kleinere Zeitabschnitte ausgegeben. Der Verkauf von Brot und Mehl darf nur gegen diesen amtlichen Ausweis erfolgen. Es ist eine ganz außerordentliche Leistung, daß dieses System der Vorsicht, ganz neu und ohne Beispiel dieser Art aufgestellt, fast ohne Reibungen durchgeführt werden konnte. Man soll dabei nicht die Anerkennung für die Bäcker vergessen, die am Ende der langen Linie von Produktion und Verwaltung die letzte Anpassung durchgeführt haben. Die Brotration hat natürlich rohe Züge, weil sie geslißentlich übersehen muß, daß der Mehlebedarf nach Alter, nach Beruf, nach Landsgewöhnung verschieden ist. Man muß wünschen, daß, was schon jetzt nach gemeindlicher Regelung möglich ist, durch Zusatzkarten an die ländliche Bevölkerung und an die Arbeiterschaft eine Annäherung an die Konsumüberlieferung und -notwendigkeit gemacht werde.

Der neue Kriegswirtschaftsplan, der auf den Bundesratsbeschlüssen vom 28. Juni ruht, behält erfreulicherweise die Grundsätze des bisherigen Verfahrens bei, wenn er die Sicherstellung der Volksernährung bis zum 15. August 1916 sicherstellt: Höchstpreise, Verfütterungsverbot für Brotgetreide, Anweisung über den Grad des Ausmahlens (der um der Kleiegewinnung herabgesetzt werden soll), Beschlagnahme, Zuteilung von Rationen. In der Organisation treten einige Änderungen ein, von denen die wichtigste ist, daß die Beschlagnahme nicht mehr für eine Zentrale in erster Linie erfolgt, sondern durch und für die Kommunalverbände, die sich im allgemeinen mit den unteren Verwaltungsbezirken decken werden. Diese Dezentralisierung erfolgte wesentlich mit Rücksicht darauf, daß diesmal die mindestens dreifache Menge Getreide zu verwalten ist als im ersten Jahr, da die Aufgabe der „R.G.“ sich nur auf die Sicherung der letzten Monate vor der Ernte erstreckte. Jetzt sollen zunächst die Unterverbände feststellen, was sie, nach Ausscheidung des Saatgutes, zur Verfügung haben, was zuviel, was zuwenig. Bei der neugeschaffenen „Reichsgetreidestelle“ sammeln sich die für den Ausgleich nötigen Ziffernunterlagen; der Ausgleich erfolgt dann, wo es notwendig wird, unmittelbar durch die auch weiterhin kaufmännisch gehaltene „Geschäftsabteilung“, in die die bisherige „R.G.“ aufgehen soll. Die „R.G.“ kommt unter amtliche Leitung und umgibt sich mit einem Beirat, indem neben den Bundesstaatsvertretern die Land-

wirtschaft (die auch „Gesellschafter“ wird) und die Städte, Handel, Industrie, Konsumenten beteiligt sein werden. Eine Reichsfuttermittellstelle wird geschaffen. Der Geschäftsgang der neuen Organisation wird sich in seiner Verwendbarkeit nach dem Einbringen der neuen Ernte, das auch durch starke staatliche Unterstützung gefördert werden soll, bewähren.

Das sind Formen von Kriegszsozialismus. Ihre Quelle ist Kriegsnot, ihr Ziel sind Kriegszwecke. Sie kommen vom Krieg und gehen zum Krieg. So weit sie hinter allen Schlachten liegen mögen, sie dienen doch dem einen Gedanken, Wege zum Sieg zu sein. Es ist ja nicht nur ein Kampf der Soldaten und der Waffen, sondern der Volkswirtschaften und Volksgesinnungen. Alles innerwirtschaftliche Leben, Denken und Arbeiten ist schließlich diesem Sinn unterworfen, Kriegszwerkzeug zu werden.

Und nun erhebt sich drängend die Frage: wird der Tag, der die Millionen von Kämpfern aus dem Kriegszverband entläßt und ihren bürgerlichen Berufen wieder schenkt, auch das Ende all dieser dem Kriege dienenden und aus dem Kriege geborenen Wirtschaftsgesetze, Gewöhnungen, Ziele bedeuten? Wird die frühere Welt des Friedens in ihren alten Formen zurückkehren, wird sie einen Teil der jetzt geschaffenen Kriegszformen und -normen als Last oder als Wohltat weiter tragen?

Diese Fragen sind Versuchungen zur Spekulation, für den Theoretiker wie für den Dilettanten. Wir werden gut daran tun, ein sehr großes Maß von Zurückhaltung uns als Gebot zu errichten. Denn so gewiß es ist, daß die Zeit, die diesem Krieg folgen wird, der vorangegangenen auch in der Phantasie nicht einfach gleichzusetzen ist, so wissen wir doch nicht, welches Erbe uns der Frieden aus diesen Kämpfen übermitteln mag. Denn wir springen aus den Waffen nicht in die rege Fröhlichkeit eines heiter wieder geliebten Friedens, sondern es wird eine Zeit voll Schwierigkeit sein, das staatliche und wirtschaftliche Leben umzugestalten. Das mag uns den Entschluß zu leichten Formeln und Prophezeiungen schwerer machen.

Wer den Krieg den Vater aller Dinge nennt, mag glauben, daß der Krieg auch berufen sei, nicht nur für die militärische Technik neue Erfahrung und Zielsetzung zu geben, sondern weiter auch als Motor neuer Wirtschaftsbildung zu dienen. Er mag sagen, daß die Raschheit und im allgemeinen der Erfolg der

neuen Methoden das Anzeichen dafür sei, wie stark schon vorher in unserer Wirtschaftsgruppierung, Organisation, seelischen Bereitschaft der Bevölkerung die gemeinwirtschaftlichen Elemente gewesen; es habe nur dieses Zwanges und dieses starken bewußten Erlebens bedurft, um aus dem Material die Form zu gestalten. Der Sozialismus, als Tendenz vielfach unerkannt vorhanden, ist für sie über die Schwelle des Unterbewußtseins getreten.

Andere werden sachlich prüfen: welche Formen unseres finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen Lebens haben sich während des Krieges so bewährt, daß es vorteilhaft ist, daß sie erhalten bleiben; welche mögen vor allem den neuen großen staatlichen Aufgaben als Stütze dienen?

Daß der Krieg der eigentlichen Sozialpolitik einen bestimmten Kreis eigentümlicher Probleme als Erbe hinterlassen wird, haben wir in den einleitenden Bemerkungen schon ausgeführt; nun muß man wünschen und darf hoffen, daß über den Rahmen der staatlichen Fürsorge und Gesetzgebung hinaus innerhalb der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung selber die Methode der gemeinsamen Kriegsbemühungen auch im Frieden fruchtbar werden. In den bedeutungsvollen Unternehmungen, etwa zur Vorbereitung eines großen zentralen und paritätischen Arbeitsnachweises, sind die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen einheitlich und geschlossen aufgetreten; sie mögen dabei erfahren haben (was vorher der Kampf um die Mitgliederzahl hinderte), wieviel doch an rein sachlichen Zielen ihnen gemeinsam ist. Werden sie die Form finden, gelegentlich oder dauernd ihre Stoßkraft zu vereinigen, in einem gemeinsamen Arbeitsausschuß oder sonstwie, so könnte das von nachhaltender Wirkung sein. Zweifellos ist die Atmosphäre zwischen den Verbänden, aber auch zwischen Verbänden und Regierung, sehr viel freier, angenehmer, sachlicher geworden als ehedem, und es bedarf wohl nur einigen Takttes und Verantwortungsgefühles, daß dies so bleibe.

Weit schwieriger ist es, den sonstigen Kriegswirtschaftsbildungen in der Welt von Erzeugung und Verbrauch eine Friedensprognose zu stellen. Es handelt sich vielfach um Improvisationen, die ihr Ziel und die Möglichkeit ihres Bestandes fast ausschließlich von dem gesteigerten Verbrauch in den eigentlichen Kriegsmitteln fanden, etwa in der Kriegsleidergesellschaft und ähnlichen Gründungen. Die Gegensätze zwischen den Großen

und den Kleinen haben schon während des Krieges die Wirksamkeit und Arbeitsführung stark belastet, und, wenn der „Burgfrieden“ aufgehoben, werden da, wie auch anderwärts, schon aus psychologischen Gründen große „Abrechnungen“ zu erwarten sein. Vor allem aber wird wieder in der Produktion eine starke mannigfaltige Spezialisierung einsetzen, ein Suchen neuer Wege und Verbindungen, daß die Wahrscheinlichkeit überwältigend ist: die sachliche Notwendigkeit der Praxis werde diese Veranstaltungen wieder sprengen. Nur dort, wo schon vorher die großkapitalistische Entwicklung eine Vereinfachung des Bildes einer „Branche“ gebracht hat, mag sich aus dem Kriegszustand eine dauernde Bindung in festen Organisationen wie Kartellen herauslösen. Diese besitzen dann aber keinen öffentlich-rechtlichen Charakter, wie der Staat, wenn auch verschleiert, den verschiedenen Rohstoffgesellschaften ihn verliehen hat.

Etwas anderes ist nun freilich die Frage, ob und wie weit künftig unsere Friedenswirtschaft sich bewußter als bisher unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Krieges einrichtet, daß also nicht nur die Militärziffern, sondern auch die Wirtschaft in den Zustand des „berechneten Krieges“ einrücken. Diese Überlegung stand bisher dem volkswirtschaftlichen Denken fern, da es sich wesentlich auf Wirtschaftlichkeit, Umsatz, Konkurrenz und knappste Kalkulation erstreckte. Wir hatten uns zwar mit Recht daran gewöhnt, innerhalb des gesamten nationalwirtschaftlichen Lebens die Militärausgaben als produktiv anzuerkennen, so wie man Reserven und Versicherungen ansehen mag, im übrigen aber die Kriegsfrage außerhalb des Wirtschaftsaufbaues gelassen. Hier ist aber zweifellos eine neue Aufgabe entstanden, die man am besten mit dem Begriff „Vorratswirtschaft“, der dafür gefunden wurde, einreicht. Sie ist ein unmittelbares Problem und greifbarer als etwa der gewisse Enthusiasmus, mit dem einige Theoretiker, so Jaffé, die fast automatische Sozialisierung unserer gewerblichen Zukunft kommen sehen. Der Sinn dieser „Vorratswirtschaft“ bedeutet, daß innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes „greifbar“ je und je so viele Rohstoffe vorhanden sind, daß das Wirtschaftsleben, vor allem die Produktion von Kriegsmaterial, in kritischen Zeiten auch ohne fortwährende Ergänzung durchhalten kann. Man denkt dabei vor allem an Kupfer, Mineralöle, Leder u. ä.

Diese Aufgabe muß in ihrer Wichtigkeit, aber auch in ihrer ganzen Schwierigkeit voll erkannt und von den Praktikern wie den Theoretikern behandelt werden. Ein neues statistisches System muß erschaffen werden, um einen gewissen dauernden Überblick über die Vorräte zu haben, die, wie das monatweise Schwanken der Einfuhr zeigt, im „natürlichen“ Zustand, vor allem bei „Ernte“produkten, sehr starke Kurven zeigen. Der Versuch drängt sich auf, die militärischen und zivilen Bedürfnisse rechnermäßig auseinanderzuhalten, und daran die Frage zu knüpfen, wie weit der Staat in dieser Vorratsregelung mit seiner Verwaltung und seinem Geld aktiv eingreifen soll. Man begreift, daß es sich hier um eine Finanzfrage allergrößten Stiles handelt, die um deswillen aber nicht so erschreckend ist, weil sie sich nicht unmittelbar dem Krieg anschließen wird. Dieser wird hoffentlich so ausgehen, daß für Jahrzehnte Europa vor seiner Wiederholung gesichert ist. Wir erblicken in dieser Frage der Vorratswirtschaft nicht so sehr ein theoretisches Problem, auf dessen Lösung man hindrängen muß, da es in seiner Wichtigkeit einmal erkannt wurde, sondern eine Aufgabe, deren eingehende Behandlung auch durchaus die Gestaltung der politischen Beziehungen und den Zustand der Militärmachtverhältnisse nach diesem Krieg zur Voraussetzung hat. Klar und interessant hat die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer der Volkswirtschaft angeschlossenen (nicht aufgezwungenen) Vorratswirtschaft der Heidelberger Professor Levy behandelt; er macht den Vorschlag eines Reichsvorratsamtes, das seine Stellung zwischen dem Reichsamt des Innern und den Kriegsministerien zu suchen hätte.

Verwickelter noch werden die Erörterungen dieser Art, wenn man sie auf das Ernährungsgebiet ausdehnt. Werden wir eine Wiederholung der Debatten erleben, die vor zwanzig Jahren um den „Antrag Ranis“ gingen, um den Versuch, durch die Schaffung eines staatlichen Einkaufsmonopols für das ausländische Getreide die Preisregulierung in die Hand des Staates zu legen? Die Berufung auf die Getreideansammlungen Friedrichs des Großen, seine sogenannte Magazinspolitik, ist da und dort zu lesen.

Soweit es sich um Brotgetreide handelt, erscheint die Dringlichkeit dieser Frage nicht gar zu groß — anders ist es mit den Futtermitteln, bei denen wir stark auf Einfuhr angewiesen sind. Im allgemeinen haben wir mit der heimischen Erzeugung durch-

gereicht, und das wäre natürlich noch gefahrloser vor sich gegangen, wenn der Kriegswirtschaftsplan sofort hinter der Mobilmachung in Kraft getreten wäre. Allerdings war für uns der Augenblick des Kriegsausbruches insofern günstig, als wir durch Ausfuhrverbot das Weggeben von Roggen („Einfuhrscheine“) verhindern konnten — es gibt Monate des Frühsommers, die wesentlich kritischer sind, wenn die vorangegangene Ernte knapp gewesen. Das zweckvollste Mittel in der Ernährungspolitik ist, die deutsche Landwirtschaft in ihrer hervorragenden Intensivierung zu unterstützen und die innere Kolonisation als ein nationales Kernproblem zu behandeln. Daß aber der Staat auch in Friedenszeiten die Preispolitik für Getreide und Mehl ausübe, in einer beherrschenden technischen Organisation, hat nicht nur die bekannten Schwierigkeiten (Erhaltung, Verwahrung vor Verderb), sondern auch politische Bedenken. Sene organisatorische Aufgaben ließen sich vielleicht überwinden dadurch, daß der Staat nur als Buchführer und Überprüfer auftritt, aber gewiß wäre es verhängnisvoll für die reinliche Entwicklung des Staatsgedankens, an der uns gerade jetzt so viel gelegen sein muß, wenn er in vollem Umfang in das Kampffeld wirtschaftlicher Interessentkämpfe geschoben würde. Daß diese wieder kommen werden, wissen wir, und sie werden natürlich auch nicht außerhalb des Staatslebens durchgestritten — aber es muß als wertvoll erachtet werden, wenn die Brotpreisfrage nicht unmittelbar im Staatszusammenhang Problem der öffentlichen Diskussion werde.

Gelöst ist in gewissem Sinn die Vorratsfrage beim Geld, praktisch und grundsätzlich. Die Goldmassen, die sich bei der Reichsbank gesammelt haben, werden dort bleiben, abgesehen von den Beständen, die für die kommenden internationalen Valutaregulierungen flüssig gemacht werden müssen — im übrigen ist durch die Entwicklung des Geldwesens im Krieg der Bevölkerung und der Wissenschaft die Papierscheu von Staats wegen abgewöhnt worden; wie sollte sie im Frieden wiederkehren?

Die staatlichen Geldprobleme erschöpfen sich aber nicht in der Währungsfrage. Einschneidender ist die kommende finanzielle Bedarfswirtschaft. Wenn wir uns erinnern, als welche außerordentliche Leistung die Annahme und Durchführung des einmaligen Wehrbeitrags mit seiner Milliarde empfunden wurde, so müssen wir uns darüber klar sein, daß die kommenden Finanz-

aufgaben sich wohl dauernd in einer ähnlichen Höhenlage bewegen werden, mögen wir mit der Kriegsentschädigung durch unsere besiegten Feinde noch so freigebig sein. Was wird der Zinsendienst für die Kriegsanleihen fordern? Was die Hinterbliebenen- und Krüppelfürsorge? Was der Neuaufbau der vernichteten Landstriche?

Es ist heute schon offenbar, daß wir vor ganz riesigen Finanzaufgaben stehen, die unser gegenwärtiges Steuersystem nach mancher Richtung stark ausdehnen werden. Hier möge uns der große Zug, der auf gegebenen Tatsachen und nicht auf Überkommenheiten aufbaut, nicht verloren gegangen sein. Da sich die Staatseinnahmen nach dem Bedarf richten sollen, dieser Bedarf aber noch auf lange Zeit nicht sicher gefaßt werden kann, bleiben alle zum einzelnen gewendeten Erörterungen Luftgebilde. Wir müssen nur nicht davor zurückschrecken, wenn der Staat sich da und dort „sozialistisch“ gebärden will, nicht um der Organisation oder der Versorgung oder der Kriegsbereitschaft willen, sondern wegen der Geldeinnahme.

Wir glauben auch, daß das System der „direkten“ Steuern mit ihrer Ergiebigkeit und ihrer „sozialen“ Nebenwirkung künftig von dem Vorwurf „sozialistisch“, der „Konfiskation“ befreit bleiben wird. Wenn eine der „inneren“ Hauptwirkungen des Krieges diese ist, daß er Einkommens- und Vermögensbildung verschiebt, dann werden diese beiden Bewegungen und Bestände des Geldes als die brauchbarsten Finanzquellen in höchstem Maße sinnfällig. Nichts ist darum auch so volkstümlich wie der Gedanke der Kriegsgewinnsteuer. Gewiß bedarf er, ehe er verwirklicht werden soll, vorher der gründlichen Reinigung von allem Schlagwortmäßigen und Agitatorischen, und einer vorsichtigen Durchprüfung auf seine steuertechnische Möglichkeit. In gewissem Sinn haben wir diese Steuer schon oder doch ihren Rahmen durch das Vermögenszuwachssteuergesetz, das seit dem 1. Januar in Kraft ist und 1917 zum erstenmal wirken soll. Vielleicht bedarf es nur des Einschaltens einer starken Progression, um so ziemlich all das, was eine „unnormale“, eine durch Kriegslieferungen herbeigeführte Steigerung ist, zu erreichen. Das wäre mit das brauchbarste und dauerhafteste Stück „Kriegssozialismus“.

* * *

Wir fassen zusammen: die hier behandelten Fragen sind nicht Teile eines Systems, sondern Auswirkungen einer militärischen Zwangslage und einer politischen Notwendigkeit. Ihre Formen sind uns vielleicht heute vielfach noch zu nahe; sie werden sich späteren Theoretikern, die sie als Geschichte gewordenen Stoff abgeschlossen vor sich haben, leichter und einheitlicher ordnen. Aber mehr als die Klarheit des Überschauens ist die Nähe des Erlebens.

Das, was sich in wenigen Monaten in Deutschland herausgebildet hat, ist, im ganzen gesehen und mit all den unvermeidlichen Unzulänglichkeiten, eines der gewaltigsten Ereignisse und Leistungen der Wirtschaftsgeschichte. Vergangenheit und Zukunft durchdringen sich, Erinnerungen des absolutistischen Merkantilstaates mit den idealistischen Entwürfen einer Kollektivwirtschaft. Daß aber eine Wirklichkeit werden konnte, dazu bedurfte es nicht nur einer durch Gesetzeswille ins Angemeine gesteigerten Staatsgewalt, die der privaten Hemmungen durch das Machtwort Herr zu werden verstand, sondern eines großen Maßes von Freiwilligkeit, freiem Entschließen, Glauben, Vertrauen. Der Staatswille mußte die Form geben, aber damit diese Form einen rechten Inhalt gewann, war die Gesinnung des Volkes nötig, die gerne, als Masse, Opfer, Verzicht brachte, Anpassung und Einordnung verstand, um das Ziel zu erreichen. Wir reden jetzt oft von der deutschen Kraft der Organisation: deren Geheimnis ist es, ein dauerhaftes und schöpferisches Verhältnis zwischen Gebundenheit und Freiheit herzustellen, Ordnung, in der die Kraft des Gesetzes mit dem Ziel des einzelnen zusammenklingt. Das ist auch das innere Wesen eines vom Staate befohlenen und vom Volke gewünschten Kriegssozialismus.

33. Dr. Richard Hennig, Der Kampf um den Suezkanal
34. Dr. Gustav Strefemann, M. d. R., Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland
35. Schulrat Karl Muthesius, Das Bildungswesen im neuen Deutschland
36. Prof. Dr. C. F. Lehmann-Haupt, Von Waterloo bis Antwerpen
37. Staatsanwalt a. D. L. Trampe, Der Kampf um die Dardanellen
38. Dr. Hans Freiherr von Guden, Bismarcks Glaube
39. 40. Staatssek. d. Reichsschatzamts Dr. K. Helfferich, Kriegsfinanzen
41. Prof. Carl von Noorden, Hygienische Betrachtungen über Volks-
ernährung im Kriege
42. Otto Hochsch, Österreich-Ungarn und der Krieg
43. Prof. Dr. W. Gerloff, Der wirtschaftliche Imperialismus und die Frage
der Zollvereinigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn
44. Geheimrat Prof. Dr. Otto von Gierke, Der deutsche Volksgeist im Kriege
45. Prof. Dr. Kurt von Rümker, Mit Schwert und Pflug!
46. Erich Meyer, Deutschland und Ägypten
47. Wilhelm von Massow, Wie steht es mit Polen?
48. Geheimrat Dr. Ing. H. Muthesius, Die Zukunft der deutschen Form
49. Dr. Hans Rost, Deutschlands Sieg — Irlands Hoffnung
50. A. Goldmann, Der Geist des Militarismus
51. Levin L. Schücking, Der englische Volkscharakter
52. Geheimrat Medizinalrat Prof. Dr. Reisser, Der Krieg und die Ge-
schlechtskrankheiten
53. Theodor von Cosnosty, Irredenta-Politik
54. Prof. Dr. R. Liefmann, Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?
55. Richard Kiliari, Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz
56. Theodor Heuss, Kriegssozialismus

Weiter haben folgende Mitarbeiter je eine Flugschrift übernommen:

Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie
 Fürst Bernhard von Bülow
 Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz
 Dr. Hanns Heiman, Berlin
 Prof. Dr. Herre, Leipzig: Spanien und der Weltkrieg
 Möller van den Bruck, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Ostwald: Kultur und Organisation
 Prof. Dr. Redlich, Wien: Österreich-Ungarns Bestimmung
 Dr. Riezler, Stuttgart: Die deutsche Kunst nach dem Krieg
 Geheimrat Prof. Dr. Roethe, Berlin: Vaterländische Dichter
 Prof. Dr. Samassa, Wien: Die südslawische Frage
 Bankdirektor Dr. Schacht, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Schiemann, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Sering, Berlin
 Dr. Hermann von Staden, Berlin
 Prof. Dr. Uebersberger, Wien: Rußland und der Panславismus
 Dr. Fritz Wichert, Mannheim: Die formenden Kräfte des neuen Deutsch-
 lands

1. Ausgabe 150
Hab. Marbach 162
Silber!

besten schwebenden
nach. Darstellung

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Der junge Friedrich List

Ein schwäbischer Politiker

Biographischer Versuch

von

Dr. Karl Gofer

Geheftet M 3.—, gebunden M 4.—

Das innere Werden wie die äußeren Schicksale dieses „Bismarcks der deutschen Nationalökonomie“ in den großen geschichtlichen und wissenschaftlichen Zusammenhängen schildert uns der Verfasser; er gibt dem Bild seines Helden als Hintergrund eine bei aller Knappheit das Wesentliche und Wichtige scharf heraushebende Schilderung der wenn auch engen, doch innerlich gesunden politischen Kultur der alten freien Reichsstädte, aus der List, ein Sohn Reutlingens, hervorgegangen ist und die im scharfen Gegensatz zu der immer unerträglicher und schädlicher werdenden Bureaucratie des altwürttembergischen „Schreiberstaates“ stand. In diesem Gegensatz, der in den langwierigen und komplizierten Verfassungskämpfen Württembergs zugunsten des modernen konstitutionellen Staates überwunden wurde, war einer der Konflikte gegeben, die zunächst für Lists Jugend, dann aber für sein ganzes weiteres Leben verhängnisvoll werden sollten. Die Flüchtlingsjahre, die Rückkehr in die Heimat 1824, wo die seit 1821 über ihn verhängte Haftstrafe endlich vollzogen wurde, die Auswanderung nach Amerika 1825 sind die äußeren Daten, in denen die Tragik von Lists späterem Leben sich ankündigt. Dieser biographische Versuch darf als würdiges Denkmal des großen Propheten und Märtyrers eines einigen, wirtschaftlich starken Deutschlands bezeichnet werden, des Deutschlands, das heute unverzagt und unerschütterlich gegen eine ganze Welt um sein Daseinsrecht kämpft.